

KLEINE ZEITUNG

Ortstafeln: Ostermayer hofft auf 100 Prozent

KLAGENFURT/WIEN. „Willkürliche Ungleichbehandlungen“ urteilt Wolfgang Zinggl, Minderheitensprecher der Grünen, im neuen Volksgruppengesetz, mit dem die Ortstafel-Frage geregelt wird. Deshalb verweigerten die Grünen dem Gesetz Dienstag im parlamentarischen Verfassungsausschuss die Zustimmung. Sie wollen ihre Abänderungsanträge, die im Ausschuss keine Mehrheit fanden, im Plenum des Nationalrates am 6. Juli nochmals einbringen.

Ob die Grünen beim endgültigen Beschluss mit dabei sind, ist offen. Parteichefin Eva Glawischnig tendiert „im Sinne des größeren Ganzen“ dazu. Der Chefverhandler des Bundes, Staatssekretär Josef Ostermay-

er (SPÖ), strebt eine Zustimmung von „100 Prozent“ an. Er zeigte sich über den Beschluss im Ausschuss „erfreut“.

Wenig erfreut zeigte sich der einzige Bürgermeister der slowenischen Volksgruppe, der Eisenkappler Franz Josef Smrtnik, über das Nein des Rates der Kärntner Slowenen zum Gesetz. Damit sei „die gute Stimmung dilettantisch kaputtgemacht worden“.

Dem Heimatdienst (KHD) fehlt im Ortstafel-Paket der Hinweis auf vertrauensbildende Maßnahmen. Er fordert die Einrichtung eines permanenten runden Tisches. Angesichts von 50.000 Nein-Stimmen bei der Brief-Befragung sei dies notwendig, meint der KHD.

Klagenfurt 15.7°C

[Heute unbeständig und deutlich kühler](#)

DO | 30.06.2011



Verfassungsmehrheit gesichert.

POLITIK

29.06.2011

Ortstafeln: Ja im Verfassungsausschuss

Der Kärntner Ortstafel-Kompromiss hat Dienstagabend den Verfassungsausschuss des Nationalrats passiert. SPÖ, ÖVP, FPÖ und BZÖ haben die Novelle zum Volksgruppengesetz beschlossen, die Grünen blieben bei ihrer Ablehnung.

Abänderungsanträge der Grünen abgelehnt

Damit ist die Verfassungsmehrheit gesichert. Am 6. Juli wird die Novelle im Nationalrat, am 21. Juli im Bundesrat beschlossen.

Die Grünen blieben im Ausschuss beim Nein. Abg. Wolfgang Zinggl nannte den Kompromiss "sehr kleinlich". Er brachte zwei Abänderungsanträge - etwa zur Ortschaft Dobein - ein, die in der Minderheit blieben.

Zuletzt hatte für Irritation gesorgt, dass sich der Rat der Kärntner Slowenen gegen den vorliegenden Gesetzesentwurf zur Ortstafellösung ausgesprochen hat. Dieser stimmt nicht mit dem ausverhandelten Memorandum überein, argumentierte der Rat.

164 Ortstafeln im Gesetz festgeschrieben

Im Volksgruppengesetz werden mit der Novelle alle Kärntner und burgenländischen Gemeinden angeführt, in denen es zweisprachige Ortstafeln geben muss. Für Südkärnten werden insgesamt 164 Ortstafeln und Ortskennzeichnungstafeln in 24 Gemeinden festgeschrieben - und auch die Regelungen zur Amtssprache. Bedenken der burgenländischen Volksgruppen wurde mit Ausschussfeststellung Rechnung getragen.

Ostermayer will "hundert Prozent"

Staatssekretär Josef Ostermayer (SPÖ), der Chefverhandler des Bundes, zeigte sich in einer Aussendung "erfreut". Nach der Unterschrift des Bundespräsidenten kann im August begonnen werden, in Kärnten weitere zweisprachige Ortstafeln aufzustellen, so Ostermayer.

Ostermayer strebt für das Plenum allerdings eine Zustimmung von "hundert Prozent" an. Das BZÖ, das gezögert hatte, hat sich bereits zur Zustimmung entschlossen.

Heimatverbände müssten mehr einbezogen werden.

Heimatdienst will "runden Tisch"

Der Kärntner Heimatdienst (KHD) forderte am Mittwoch einen permanenten "runden Tisch" mit Vertretern beider Volksgruppen, um die Diskussion um den Ortstafel-Kompromiss beilegen zu können.

Auch die Heimatverbände müssten einbezogen werden. Der KHD begründet die Forderung damit, dass die Interessen der Mehrheitsbevölkerung im Memorandum unberücksichtigt geblieben seien. Das dort verankerte "Dialogforum" sehe keine Einbindung der Heimatverbände vor.

GANZ ÖSTERREICH

KÄRNTEN NEWS

MAGAZIN

FREIZEIT
GESUNDHEIT
KULTUR & TIPPS
SERVUS, SRECNO, CIAO

ORF KÄRNTEN

FERNSEHEN
RADIO
KONTAKT

VOLKSGRUPPEN

BACHMANNPREIS